

No. 32538

**GERMANY
and
ARGENTINA**

**Treaty on the encouragement and reciprocal protection of
investments (with protocol and exchanges of notes).
Signed at Bonn on 9 April 1991**

Authentic texts: German and Spanish.

Registered by Germany on 8 February 1996.

**ALLEMAGNE
et
ARGENTINE**

**Traité relatif à la promotion et à la protection réciproque des
investissements (avec protocole et échanges de notes).
Signé à Bonn le 9 avril 1991**

Textes authentiques : allemand et espagnol.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND DER ARGENTINISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE FÖRDE-
RUNG UND DEN GEGENSEITIGEN SCHUTZ VON KAPITAL-
ANLAGEN

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Argentinische Republik –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen
beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen
von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im
Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher
Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaft-
liche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu
mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ alle Arten von Vermö-
genswerten gemäß der Gesetzgebung der Vertragspartei, in
deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage in Übereinstimmung
mit diesem Vertrag vorgenommen wird, insbesondere, aber
nicht ausschließlich
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen
sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und
Pfandrechte;
 - b) Aktien, Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten
von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen
wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf
Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;

- d) Rechte des geistigen Eigentums wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage entfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.
 - b) in bezug auf die Argentinische Republik:
Argentinier im Sinne der argentinischen Rechtsvorschriften;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“ juristische Personen sowie Handelsgesellschaften oder sonstige Gesellschaften oder Vereinigungen mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Gesetzgebung vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

(3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei

oder Kapitalanlagen, an denen Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen rechtlichen Schutz und volle rechtliche Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen,

Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer, der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung der in Artikel 1, Absatz 1 Buchstabe c genannten Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der Entschädigungen nach Artikel 4.

(2) Der Transfer erfolgt unverzüglich entsprechend den im Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragsparteien geltenden Verfahren und zu dem jeweils gültigen Kurs. Dieser Kurs darf nicht wesentlich von dem Kreuzkurs (cross rate) abweichen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf

die erstgenannte Vertragspartei an. Die andere Vertragspartei erkennt auch den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in diese Rechte und Ansprüche des Rechtsvorgängers nach Grund und Höhe an. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Rechte und Ansprüche gilt Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für Angelegenheiten, die sich nach Inkrafttreten dieses Vertrags in bezug auf Kapitalanlagen ergeben, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gemäß deren Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheiten einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 dieses Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Investitionen im Sinne dieses Vertrags zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit im Sinne von Absatz 1 nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Streitparteien den zuständigen Gerichten der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde, zu unterbreiten.

(3) Unter jeder der nachstehend genannten Voraussetzungen kann die Meinungsverschiedenheit einem internationalen Schiedsgericht unterbreitet werden:

- a) auf Verlangen einer Streitpartei, wenn binnen 18 Monaten seit Einleitung des gerichtlichen Verfahrens gemäß Absatz 2 eine Sachentscheidung des angerufenen Gerichts nicht vorliegt oder wenn eine derartige Entscheidung vorliegt, die Meinungsverschiedenheit zwischen den Streitparteien aber fortbesteht;
- b) wenn beide Streitparteien sich darauf geeinigt haben.

(4) Sofern die Streitparteien nichts anderes vereinbart haben, werden Meinungsverschiedenheiten zwischen den Streitparteien in den Fällen von Absatz 3 dieses Artikels entweder einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen den Staaten und Angehörigen anderer Staaten oder einem Ad hoc-Schiedsgericht nach den UNCITRAL-Schiedsregeln einvernehmlich unterworfen.

Kommt binnen drei Monaten, nachdem eine Streitpartei die Einleitung eines Schiedsverfahrens verlangt hat, keine Einigung zustande, so wird die Meinungsverschiedenheit – sofern beide Vertragsparteien Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten sind – einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen. Anderenfalls wird die Meinungsverschiedenheit dem vorgenannten Ad hoc-Schiedsgericht unterworfen.

(5) Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen auf der Grundlage dieses Vertrags und gegebenenfalls anderer zwischen den Vertragsparteien geltender Übereinkünfte, des nationalen Rechts der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition belegen ist – einschließlich der Regeln des Internationalen Privatrechts – und der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Völkerrechts.

(6) Der Schiedsspruch ist bindend und wird gemäß innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Artikel 11

Die Bestimmungen dieses Vertrags gelten auch in den in Artikel 63 des Wiener Übereinkommens vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge genannten Fällen uneingeschränkt fort.

Artikel 12

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Buenos Aires ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 11 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 9. April 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:
GENSCHER

Für die Argentinische
Republik:
GUIDO DI TELLA

PROTOKOLL

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Artikel 1 Nummer 1 des Vertrags findet keine Anwendung auf Kapitalanlagen in der Argentinischen Republik von natürlichen Personen, die Staatsangehörige der anderen Vertragspartei sind, wenn die betreffenden Personen zur Zeit der Vornahme ihrer ursprünglichen Investition bereits mehr als zwei Jahre ihren Wohnsitz in der Argentinischen Republik hatten, es sei denn, daß ihre Kapitalanlage nachweislich aus dem Ausland eingebracht wurde.
- b) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- c) Als „andere Arten von Beteiligungen“ im Sinne von Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe b werden vor allem solche Kapitalanlagen angesehen, die ihrem Inhaber keine Stimm- oder Kontrollrechte vermitteln.
- d) Die in Nummer 1 Buchstabe c genannten Ansprüche auf Geld umfassen Ansprüche aus Darlehen, die im Zusammenhang mit einer Beteiligung stehen und nach Zweck und Umfang den Charakter einer Beteiligung haben (beteiligungähnliche Darlehen). Hierunter fallen nicht Kredite von dritter Seite, z. B. Bankkredite zu kommerziellen Bedingungen.
- e) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt. Der Vertrag findet keine Anwendung auf Investoren, die Staatsangehörige beider Vertragsparteien sind.
- f) Für die Feststellung, ob der Begriff „Gesellschaft“ nach Artikel 1 Nummer 4 anwendbar ist, wird auf ihren Sitz abgestellt, wobei hierunter der Ort zu verstehen ist, an dem die Gesellschaft ihre Hauptverwaltung hat.

- g) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(2) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 sind insbesondere, aber nicht ausschließlich anzusehen: weniger günstige Bedingungen beim Bezug von Rohstoffen und anderen Zulieferungen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art und beim Absatz von Erzeugnissen im In- und Ausland. Maßnahmen, die aus Gründen der inneren und äußeren Sicherheit und öffentlichen Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich aufhalten wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitslaubnis werden wohlwollend geprüft.

(3) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch in Artikel 4 genannte Maßnahmen in das Unternehmen, in dem die Kapitalanlage angelegt ist, eingegriffen und dadurch die Kapitalanlage erheblich beeinträchtigt wird.

(4) Zu Artikel 5

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines formgerechten und vollständigen Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(5) Zu Artikel 8

Der Vertrag gilt jedoch in keinem Fall für Meinungsverschiedenheiten und Streitfälle, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei, vorbehaltlich der zwischen beiden Vertragsparteien bestehenden internationalen Übereinkünfte, weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Geschehen zu Bonn am 9. April 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

GENSCHER

Für die Argentinische
Republik:

GUIDO DI TELLA

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

TRATADO ENTRE LA REPÚBLICA FEDERAL DE ALEMANIA Y
LA REPÚBLICA ARGENTINA SOBRE PROMOCIÓN Y PROTECCIÓN
RECÍPROCA DE INVERSIONES

El Gobierno de la República Federal de Alemania

y

el Gobierno de la República Argentina,

con el deseo de intensificar la cooperación económica entre
ambos Estados,

con el propósito de crear condiciones favorables para las
inversiones de los nacionales o sociedades de uno de los dos
Estados en el territorio del otro Estado,

reconociendo que la promoción y la protección de esas inver-
siones mediante un tratado pueden servir para estimular la inicia-
tiva económica privada e incrementar el bienestar de ambos
pueblos,

han convenido lo siguiente:

Artículo 1

A los fines del presente Tratado

- (1) El concepto de «inversiones» designa todo tipo de activo
definido de acuerdo con las leyes y reglamentaciones de la
Parte Contratante en cuyo territorio la inversión se realizó de
conformidad con este Tratado; en particular, pero no exclusi-
vamente, esto incluye:
- a) la propiedad de bienes muebles e inmuebles y demás
derechos reales, tales como hipotecas y derechos de
prenda;
 - b) las acciones, derechos de participación en sociedades y
otros tipos de participaciones en sociedades;
 - c) los derechos a fondos empleados para crear un valor
económico o a prestaciones que tengan un valor econó-
mico;
 - d) los derechos de propiedad intelectual, tales como los
derechos de autor, patentes, modelos de utilidad, dise-
ños y modelos industriales y comerciales, marcas, nom-

- bres comerciales, secretos industriales y comerciales, procedimientos tecnológicos, know how y valor llave;
- e) las concesiones otorgadas por entidades de derecho público, incluidas las concesiones de prospección y explotación.
- (2) El concepto de «ganancias» designa las sumas obtenidas de una inversión, tales como las participaciones en los beneficios, los dividendos, los intereses, los derechos de licencia y otras remuneraciones.
- (3) El concepto de «nacionales» designa:
- a) con referencia a la República Federal de Alemania:
los alemanes en el sentido de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania;
- b) con referencia a la República Argentina:
los argentinos en el sentido de las disposiciones legales vigentes en Argentina.
- (4) El concepto de «sociedades» designa todas las personas jurídicas, así como todas las sociedades comerciales y demás sociedades o asociaciones con o sin personería jurídica que tengan su sede en el territorio de una de las Partes Contratantes, independientemente de que su actividad tenga o no fines de lucro.

Artículo 2

(1) Cada una de las Partes Contratantes promoverá las inversiones dentro de su territorio de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante y las admitirá de conformidad con sus leyes y reglamentaciones. En todo caso tratará las inversiones justa y equitativamente.

(2) Las inversiones realizadas por nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes en el territorio de la otra Parte Contratante de acuerdo con las leyes y reglamentaciones de esta última gozarán de la plena protección de este Tratado.

(3) Ninguna de las Partes Contratantes perjudicará en su territorio la administración, la utilización, el uso o el goce de las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante a través de medidas arbitrarias o discriminatorias.

Artículo 3

(1) Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante o a las inversiones en las que mantengan participa-

ciones los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, a un trato menos favorable que el que se conceda a las inversiones de los propios nacionales y sociedades o a las inversiones de nacionales y sociedades de terceros Estados.

(2) Ninguna de las Partes Contratantes someterá en su territorio a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante, en cuanto se refiere a sus actividades relacionadas con las inversiones, a un trato menos favorable que a sus propios nacionales y sociedades o a los nacionales y sociedades de terceros Estados.

(3) Dicho trato no se extenderá a los privilegios que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales y sociedades de terceros Estados por formar parte de una unión aduanera o económica, un mercado común o una zona de libre comercio.

(4) El trato acordado por el presente artículo no se extenderá a las ventajas que una de las Partes Contratantes conceda a los nacionales o sociedades de terceros Estados como consecuencia de un acuerdo para evitar la doble imposición o de otros acuerdos en materia impositiva.

Artículo 4

(1) Las inversiones de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán de plena protección y seguridad jurídica en el territorio de la otra Parte Contratante.

(2) Las inversiones de nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes no podrán, en el territorio de la otra Parte Contratante, ser expropiadas, nacionalizadas, o sometidas a otras medidas que en sus efectos equivalgan a expropiación o nacionalización, salvo por causas de utilidad pública, y deberán en tal caso ser indemnizadas. La indemnización deberá corresponder al valor de la inversión expropiada inmediatamente antes de la fecha de hacerse pública la expropiación efectiva o inminente, la nacionalización o la medida equivalente. La indemnización deberá abonarse sin demora y devengará intereses hasta la fecha de su pago según el tipo usual de interés bancario; deberá ser efectivamente realizable y libremente transferible. La legalidad de la expropiación, nacionalización o medida equiparable, y el monto de la indemnización, deberán ser revisables en procedimiento judicial ordinario.

(3) Los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes que sufran pérdidas en sus inversiones por efecto de guerra u otro conflicto armado, revolución, estado de emergencia nacional o insurrección en el territorio de la otra Parte Contratante, no serán tratados por ésta menos favorablemente que sus propios nacionales o sociedades en lo referente a restituciones.

compensaciones, indemnizaciones u otros resarcimientos. Estos pagos deberán ser libremente transferibles.

(4) En lo concerniente a las materias regidas por el presente artículo, los nacionales o sociedades de una de las Partes Contratantes gozarán en el territorio de la otra Parte Contratante del trato de la nación más favorecida.

Artículo 5

(1) Cada Parte Contratante garantizará a los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante la libre transferencia de los pagos relacionados con una inversión, especialmente:

- a) del capital y de las sumas adicionales para el mantenimiento o ampliación de la inversión de capital;
- b) de las ganancias;
- c) de la amortización de los préstamos definidos en el inciso c) del apartado 1 del artículo 1;
- d) del producto de la venta o liquidación total o parcial de la inversión;
- e) de las indemnizaciones previstas en el artículo 4.

(2) La transferencia se efectuará sin demora de acuerdo a los procedimientos establecidos en el territorio de cada Parte Contratante y al tipo de cambio aplicable en cada caso. Dicho tipo de cambio no deberá diferir sustancialmente del tipo cruzado (cross rate) resultante de los tipos de cambio que el Fondo Monetario Internacional aplicaría si en la fecha del pago cambiaran las monedas de los países interesados en derechos especiales de giro.

Artículo 6

Si una Parte Contratante realiza pagos a sus nacionales o sociedades en virtud de una garantía otorgada por una inversión en el territorio de la otra Parte Contratante, esta última, sin perjuicio de los derechos que en virtud del artículo 9 corresponden a la primera Parte Contratante, reconocerá el traspaso de todos los derechos de aquellos nacionales o sociedades a la primera Parte Contratante, bien sea por disposición legal o por acto jurídico. Asimismo, la otra Parte Contratante reconocerá la causa y el alcance de la subrogación de la primera Parte Contratante en todos estos derechos del titular anterior. Para la transferencia de los pagos en virtud de los derechos transferidos regirá *mutatis mutandis* el artículo 5.

Artículo 7

(1) Si de las disposiciones legales de una de las Partes Contratantes o de las obligaciones emanadas del derecho internacional no contempladas en el presente Tratado, actuales o futuras, entre las Partes Contratantes, resultare una reglamentación general o especial en virtud de la cual deba concederse a las inversiones de los nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante un trato más favorable que el previsto en el presente Tratado, dicha reglamentación prevalecerá sobre el presente Tratado, en cuanto sea más favorable.

(2) Cada Parte Contratante cumplirá cualquier otro compromiso que haya contraído con relación a las inversiones de nacionales o sociedades de la otra Parte Contratante en su territorio.

Artículo 8

El presente Tratado se aplicará también a los asuntos surgidos después de su entrada en vigor en relación a las inversiones efectuadas por los nacionales o sociedades de una Parte Contratante conforme a las leyes y reglamentaciones de la otra Parte Contratante en el territorio de esta última antes de la entrada en vigor del mismo.

Artículo 9

(1) Las controversias que surgieren entre las Partes Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Tratado deberán, en lo posible, ser dirimidas por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes.

(2) Si una controversia no pudiere ser dirimida de esa manera, será sometida a un tribunal arbitral a petición de una de las Partes Contratantes.

(3) El tribunal arbitral será constituido ad hoc; cada Parte Contratante nombrará un miembro, y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como presidente a un nacional de un tercer Estado que será nombrado por los Gobiernos de ambas Partes Contratantes. Los miembros serán nombrados dentro de un plazo de dos meses, el Presidente dentro de un plazo de tres meses, después de que una de las Partes Contratantes haya comunicado a la otra que desea someter la controversia a un tribunal arbitral.

(4) Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, y a falta de otro arreglo, cada Parte Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso de que el presidente sea nacional de una de las Partes Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los

nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de una de las dos Partes Contratantes o si se hallare también impedido, corresponderá al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de una de las Partes Contratantes, efectuar los nombramientos.

(5) El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos. Sus decisiones serán obligatorias. Cada Parte Contratante sufragará los gastos ocasionados por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del presidente, así como los demás gastos, serán sufragados por partes iguales por las dos Partes Contratantes. Por lo demás, el tribunal arbitral determinará su propio procedimiento.

(6) Si ambas Partes Contratantes fueren también Estados Contratantes del Convenio sobre arreglo de diferencias relativas a inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados del 18 de marzo de 1965, no se podrá, en atención a la disposición del párrafo 1 del artículo 27 de dicho Convenio, acudir al tribunal arbitral arriba previsto cuando el nacional o la sociedad de una Parte Contratante y la otra Parte Contratante hayan llegado a un acuerdo conforme al artículo 25 del Convenio. No quedará afectada la posibilidad de acudir al tribunal arbitral arriba previsto en el caso de que no se respete una decisión del Tribunal de Arbitraje del mencionado Convenio (artículo 27).

Artículo 10

(1) Las controversias que surgieren entre una de las Partes Contratantes y un nacional o una sociedad de la otra Parte Contratante en relación con las inversiones en el sentido del presente Tratado deberán, en lo posible, ser amigablemente dirimidas entre las partes en la controversia.

(2) Si una controversia en el sentido del párrafo 1 no pudiera ser dirimida dentro del plazo de seis meses, contado desde la fecha en que una de las partes en la controversia la haya promovido, será sometida a petición de una de ellas a los tribunales competentes de la Parte Contratante en cuyo territorio se realizó la inversión.

(3) La controversia podrá ser sometida a un tribunal arbitral internacional en cualquiera de las circunstancias siguientes:

- a) a petición de una de las partes en la controversia, cuando no exista una decisión sobre el fondo después de transcurridos dieciocho meses contados a partir de la iniciación del proceso judicial previsto por el apartado 2 de este artículo, o cuando exista tal decisión pero la controversia subsista entre las partes;

b) cuando ambas partes en la controversia así lo hayan convenido.

(4) En los casos previstos por el párrafo 3 anterior, las controversias entre las partes, en el sentido de este artículo, se someterán de común acuerdo, cuando las partes en la controversia no hubiesen acordado otra cosa, sea a un procedimiento arbitral en el marco del «Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a las inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados», del 18 de marzo de 1965 o a un tribunal arbitral ad hoc establecido de conformidad con las reglas de la Comisión de Naciones Unidas para el Derecho Mercantil Internacional (C.N.U.D.M.I.).

Si después de un período de tres meses a partir de que una de las partes hubiere solicitado el comienzo del procedimiento arbitral no se hubiese llegado a un acuerdo, la controversia será sometida a un procedimiento arbitral en el marco del «Convenio sobre Arreglo de Diferencias relativas a las inversiones entre Estados y nacionales de otros Estados», del 18 de marzo de 1965, siempre y cuando ambas Partes Contratantes sean partes de dicho Convenio. En caso contrario la controversia será sometida al tribunal arbitral ad hoc antes citado.

(5) El Tribunal arbitral decidirá sobre la base del presente Tratado y, en su caso, sobre la base de otros tratados vigentes entre las Partes, del derecho interno de la Parte Contratante — en cuyo territorio se realizó la inversión, incluyendo sus normas de derecho internacional privado, y de los principios generales del derecho internacional.

(6) La sentencia arbitral será obligatoria y cada Parte la ejecutará de acuerdo con su legislación.

Artículo 11

Las disposiciones del presente Tratado continuarán siendo plenamente aplicables aún en los casos previstos por el artículo 63 de la Convención de Viena sobre el derecho de los Tratados del 23 de mayo de 1969.

Artículo 12

(1) El presente Tratado será ratificado; los instrumentos de ratificación serán canjeados a la mayor brevedad posible en Buenos Aires.

(2) El presente Tratado entrará en vigor un mes después de la fecha en que se haya efectuado el canje de los instrumentos de ratificación. Su validez será de diez años y se prolongará después por tiempo indefinido, a menos que una de las Partes Contratantes comunicara por escrito a la otra su intención de darlo por

terminado doce meses antes de su expiración. Transcurridos diez años, el Tratado podrá denunciarse en cualquier momento, con un preaviso de doce meses.

(3) Para inversiones realizadas antes de la fecha de terminación del presente Tratado, las disposiciones de los artículos 1 a 11 seguirán rigiendo durante los quince años subsiguientes a dicha fecha.

Hecho en Bonn el día 9 de Abril de 1991 en dos originales, en idiomas alemán y español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Por la República
Federal de Alemania:

GENSCHER

Por la República
Argentina:

GUIDO DI TELLA

PROTOCOLO

En el acto de la firma del Tratado entre la República Federal de Alemania y la República Argentina sobre promoción y protección recíproca de inversiones, los plenipotenciarios abajo firmantes han adoptado las siguientes disposiciones, que se consideran como parte integrante del Tratado:

(1) Ad artículo 1

- a) En lo que concierne al artículo 1, apartado 1, este Tratado no se aplicará a las inversiones realizadas en la República Argentina por personas físicas que sean nacionales de la otra Parte Contratante si tales personas, a la fecha de la inversión original, han estado domiciliadas desde hace más de dos años en la República Argentina, salvo cuando se pruebe que las inversiones provienen del extranjero.
- b) Las ganancias derivadas de inversiones y, en el caso que sean revertidas, las ganancias derivadas de éstas, gozarán de la misma protección que la inversión original.
- c) Por "otros tipos de participaciones", según el apartado 1 inciso b) del artículo 1, se entenderán en particular aquellas inversiones de capital que no otorgan a su titular derechos de voto o control.
- d) Los derechos a fondos mencionados en el apartado 1 inciso c) del artículo 1 comprenden derechos de préstamos relacionados con una participación y que tengan por su causa y cuantía el carácter de una participación (préstamos cuasi participativos). Sin embargo, no comprenden créditos de terceros, como por ejemplo créditos bancarios con condiciones comerciales.
- e) Sin perjuicio de otros procedimientos para determinar la nacionalidad, se considerará en especial como nacional de una Parte Contratante a toda persona que posea un pasaporte nacional extendido por las autoridades competentes de la respectiva Parte Contratante. Este Tratado no se aplicará a los inversores que sean nacionales de ambas Partes Contratantes.
- f) Para determinar si el concepto de "sociedades" de acuerdo a lo dispuesto en el apartado 4 del artículo 1 es aplicable, se atenderá a su sede, la cual se entenderá como lugar en el que la sociedad tenga su administración principal.

- g) El Tratado se aplicará también a las áreas de la Zona Económica Exclusiva y de la Plataforma Continental sobre las cuales el Derecho Internacional conceda a la Parte Contratante correspondiente derechos de soberanía o jurisdicción.

(2) Ad artículo 3

- a) Por «actividades» en el sentido del apartado 2 del artículo 3 se considerarán en especial pero no exclusivamente, la administración, la utilización, el uso y el aprovechamiento de una inversión. Se considerarán en especial pero no exclusivamente como «trato menos favorable» en el sentido del artículo 3 a las medidas menos favorables que afecten la adquisición de materias primas y otros insumos, energía y combustibles, así como medios de producción y de explotación de toda clase o la venta de productos en el interior del país y en el extranjero. No se considerarán como «trato menos favorable» en el sentido del artículo 3 las medidas que se adopten por razones de seguridad interna o externa y orden público, sanidad pública o moralidad.
- b) Las disposiciones del artículo 3 no obligan a una Parte Contratante a extender las ventajas, exenciones y reducciones fiscales que, según las leyes tributarias sólo se conceden a las personas naturales y sociedades residentes en su territorio, a las personas naturales y sociedades residentes en el territorio de la otra Parte Contratante.
- c) Las Partes Contratantes, de acuerdo con sus disposiciones legales internas, tramitarán con benevolencia las solicitudes de inmigración y residencia de personas de una de las Partes Contratantes que, en relación con una inversión, quieran entrar en el territorio de la otra Parte Contratante; la misma actitud deberá ser observada con respecto a los asalariados de una Parte Contratante que, en relación con una inversión, quieran entrar y residir en el territorio de la otra Parte Contratante para ejercer su actividad como asalariados. Igualmente se tramitarán con benevolencia las solicitudes de permiso de trabajo.

(3) Ad artículo 4

El derecho a indemnización existirá asimismo en el caso de que se adopte alguna de las medidas definidas en el artículo 4 respecto de la empresa donde se halla situada la inversión y se produzca como consecuencia de aquélla un severo perjuicio para la inversión.

(4) Ad artículo 5

Una transferencia se considera realizada «sin demora» en el sentido del apartado 2 del artículo 5 cuando se ha efectuado dentro del plazo normalmente necesario para el cumplimiento de las formalidades de transferencia. El plazo, que en ningún caso podrá exceder de dos meses, comenzará a correr en el momento de presentación de la correspondiente solicitud formalmente completa.

(5) Ad artículo 8

El presente Tratado en ningún caso se aplicará a las reclamaciones o litigios surgidos antes de su vigencia.

(6) Respecto de los transportes de mercancías y personas en relación con inversiones, ninguna de las Partes Contratantes excluirá ni pondrá trabas a las empresas de transporte de la otra Parte Contratante y, en caso necesario, concederá autorizaciones para la realización de los transportes condicionados a las normas de los acuerdos internacionales vigentes entre las Partes Contratantes.

Hecho en Bonn el día 9 de Abril de 1991 en dos ejemplares, en lengua alemana y española, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Por la República
Federal de Alemania:

GENSCHER

Por la República
Argentina:

GUIDO DI TELLA

EXCHANGES OF NOTES — ÉCHANGES DE NOTES

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

1 a

EMBAJADA DE LA REPÚBLICA ARGENTINA

Señor Ministro,

Con motivo de la firma del Tratado sobre la Promoción y Protección Recíproca de Inversiones del 9 de Abril de 1991, el Gobierno de la República Argentina tiene el honor de comunicarle al Gobierno de la República Federal de Alemania lo siguiente:

En base al Tratado de Amistad y Cooperación de 1988, o bien, al Tratado para el Establecimiento de una Relación Asociativa Particular de 1987 respectivamente, el Reino de España y la República Italiana otorgan a la República Argentina líneas de crédito concesionales con el objeto de financiar inversiones para la ejecución de inversiones, especialmente con el fin de crear joint ventures en el sector de la pequeña y mediana empresa.

Las solicitudes de financiación para cada proyecto deben ser autorizadas de conformidad con regulaciones argentinas especiales y posteriormente acordadas con la contraparte española o italiana, según el caso.

Como contrapartida la República Argentina se ha comprometido a:

- otorgar la exención arancelaria e impositiva para las importaciones de bienes destinados a inversiones que se financian con los créditos concesionales previstos por los respectivos Tratados.
- no adoptar ninguna medida que impida la repatriación del capital invertido o la libre transferencia de ganancias a partir de inversiones de riesgo para aquellos proyectos que hayan sido financiados según las disposiciones de los citados Tratados.

Estas condiciones especiales se otorgan con el objeto de posibilitar nuevas inversiones para el desarrollo económico de la Argentina en ámbitos cuya promoción es especialmente necesaria.

Las Partes Contratantes interpretan el artículo 3 del Tratado sobre la Promoción y Protección Recíproca de Inversiones de forma tal que la cláusula de la nación más favorecida no se refiere a las condiciones y los privilegios especiales que la República Argentina otorga a inversores extranjeros para los proyectos arriba mencionados.

La República Argentina procurará que aquellos inversores alemanes y sus inversiones, que no están sujetos a las condiciones especiales arriba mencionadas, no resulten afectados substancialmente en su capacidad competitiva.

Reciba Ud., Sr. Ministro, las seguridades de mi más alta y distinguida consideración.

Bonn, 9 de Abril de 1991

GUIDO DI TELLA
Ministro de Relaciones Exteriores y Culto

Sr. Ministro de Asuntos Exteriores
de la República Federal de Alemania
Hans D. Genscher
Bonn

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

II a

DER BUNDESMINISTER DES AUSWÄRTIGEN

Bonn, den 9. April 1991

422-413.35 ARG

Herr Minister,

ich beehre mich, den Empfang der Note der Regierung der Argentinischen Republik vom 9. April 1991 mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

„Das Königreich Spanien und die Italienische Republik gewähren aufgrund des Freundschafts- und Kooperationsabkommens von 1988 bzw. des Abkommens zur Herstellung einer besonderen Assoziationsbeziehung von 1987 der Argentinischen Republik zur Durchführung gewerblicher Kapitalanlagen insbesondere zwecks Gründung von Gemeinschaftsunternehmen mit klein- und mittelständischen Unternehmen konzessionäre Kreditlinien für die Finanzierung solcher Investitionen.

Die Finanzierungsanträge für jedes Projekt müssen in Übereinstimmung mit besonderen argentinischen Vorschriften genehmigt und anschließend mit den zuständigen italienischen und spanischen Behörden abgestimmt werden.

Im Gegenzug hat sich die Argentinische Republik zu folgendem verpflichtet:

- Sie gewährt Zoll- und Steuerfreiheit für die Einfuhr von Gütern für Kapitalanlagen, die mit den in den jeweiligen Verträgen vorgesehenen konzessionären Krediten finanziert werden;
- es werden keine Maßnahmen ergriffen, die die Repatriierung des eingesetzten Kapitals oder den freien Transfer der Erträge aus Risikoinvestitionen für jene Projekte behindern, die gemäß den Bestimmungen dieser Verträge finanziert wurden.

Diese besonderen Bedingungen werden mit dem Ziel gewährt, neue Kapitalanlagen für die wirtschaftliche Entwicklung Argentiniens in besonders förderungsbedürftigen Bereichen zu ermöglichen.

Die Vertragsparteien legen Artikel 3 des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen dahingehend aus, daß die Verpflichtung zur Meistbegünstigung sich nicht auf die besonderen Bedingungen und Vorrechte bezieht, die die Argentinische Republik ausländischen Kapitalanlegern für die zuvor genannten Projekte gewährt.

Die Argentinische Republik wird dafür sorgen, daß deutsche Investoren und ihre Kapitalanlagen, die den oben genannten besonderen Bedingungen nicht unterliegen, in ihrer Wettbewerbsfähigkeit nicht wesentlich beeinträchtigt werden.“

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

GENSCHER

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Beziehungen und Kultus
der Argentinischen Republik
Herrn Guido di Tella

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

I b

DER BUNDESMINISTER DES AUSWÄRTIGEN

Bonn, den 9. April 1991

422-413.35 ARG

Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen unter Bezugnahme auf den heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Argentinischen Republik geschlossenen Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen folgendes mitzuteilen:

Nach Inkrafttreten des Vertrags über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen unseren beiden Staaten und unter Berücksichtigung des in Artikel 5 dieses Vertrags niedergelegten Prinzips des freien Transfers von Kapital und Erträgen, haben die deutschen Behörden die Möglichkeit, aufgrund eines Antrags potentieller Investoren für deutsche Investitionen in der Argentinischen Republik in vollem Umfang Kapitalanlagegarantien gemäß unseren jeweils geltenden Richtlinien und Allgemeinen Bedingungen zu gewähren. Vom Inkrafttreten des Vertrags an sind zusätzlich zu den bisher bereits gewährten Garantien auch solche Beträge Gegenstand der Garantien, die für einen bestimmten Zeitraum auf Kapitalanlagen entfallen, wie z. B. Gewinnanteile, Dividenden und Zinsen.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

GENSCHER

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Beziehungen und Kultus
der Argentinischen Republik
Herrn Guido di Tella

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

II b

MINISTRO DE RELACIONES EXTERIORES Y CULTO

Señor Ministro,

Tengo el honor de acusar recibo de la nota del Gobierno de la República Federal de Alemania, de fecha 9 de abril de 1991, cuyo contenido es el siguiente:

«Con motivo del Tratado sobre Promoción y Protección Recíproca de Inversiones suscrito entre nuestros dos países con fecha 9 de abril de 1991, tengo el honor de comunicarle a Usted lo siguiente:

A partir de la entrada en vigor de dicho Tratado y teniendo en cuenta el principio establecido en su Artículo 5 sobre la libre transferencia de capital y ganancias, las autoridades alemanas cuentan con la posibilidad, después de la presentación por parte de los inversores interesados de una solicitud para garantizar una inversión en Argentina, de otorgar la cobertura total de tales inversiones de acuerdo con las directivas y condiciones generales vigentes. Por lo tanto, a partir de la entrada en vigor de este Tratado dichas autoridades podrán, en adición a las actualmente disponibles, otorgar garantías respecto de las sumas obtenidas de una inversión durante un período determinado, tales como las participaciones en los beneficios, los dividendos y los intereses.

Permitame, Señor Ministro, hacerle llegar las seguridades de mi más alta consideración.»

Reitero a Usted, Señor Ministro, las seguridades de mi mayor consideración.

Bonn, 9 de abril de 1991

GUIDO DI TELLA
Ministro de Relaciones Exteriores y Culto

Sr. Ministro de Asuntos Exteriores
de la República Federal de Alemania
Hans D. Genscher
Bonn

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
AND THE ARGENTINE REPUBLIC ON THE ENCOURAGEMENT
AND RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Argentine Republic,

Desiring to intensify economic cooperation between both States,

Intending to create favourable conditions for investments by nationals and companies of either State in the territory of the other State,

Recognizing that the encouragement and contractual protection of such investment are apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations,

Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this Treaty,

(1) The term “investments” shall apply to assets of any category defined in accordance with the laws and regulations of the Contracting Party in whose territory the investment is made and admitted in accordance with this Treaty and particularly, but not exclusively, to:

(a) Movable and immovable property as well as any other rights *in rem*, such as mortgages, liens and pledges;

(b) Shares, stocks in companies and other forms of participation in companies;

(c) Claims to money which has been used to create an economic value or claims to any performance having an economic value;

(d) Intellectual property rights, such as copyrights, patents, utility models, industrial and commercial designs and models, trade marks and trade names, industrial and commercial secrets, technical processes, know-how and goodwill;

(e) Business concessions under public law, including concessions to search for, extract and exploit natural resources.

(2) The term “returns” shall mean the amounts yielded by an investment such as profits, dividends, interest, licence fees and other remuneration.

(3) The term “nationals” shall mean:

(a) In respect of the Federal Republic of Germany: Germans within the meaning of the Basic Law of the Federal Republic of Germany;

(b) In respect of the Argentine Republic: Argentines within the meaning of the legal provisions in force in Argentina.

¹ Came into force on 8 November 1993, i.e., one month after the exchange of the instruments of ratification, which took place at Buenos Aires on 8 October 1993, in accordance with article 12 (2).

(4) The term “companies” shall mean any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of either Contracting Party whether or not its activities are directed at profit.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall encourage investments by nationals or companies of the other Contracting Party in its territory and shall admit such investments in accordance with its laws and regulations. In any case each Party shall accord fair and equitable treatment to investments.

(2) Investments made by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with the laws and regulations of the latter Party shall enjoy full protection under this Treaty.

(3) Neither Contracting Party shall subject the management, utilization, use or enjoyment of investments of nationals or companies of the other Contracting Party in its territory to arbitrary or discriminatory measures.

Article 3

(1) Neither Contracting Party shall subject investments in its territory by or with the participation of nationals or companies of the other Contracting Party to treatment less favourable than it accords to investments of its own nationals or companies or to investments of nationals or companies of any third State.

(2) Neither Contracting Party shall subject nationals or companies of the other Contracting Party, as regards their activity in connection with investments in its territory, to treatment less favourable than it accords to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State.

(3) Such treatment shall not include privileges which may be extended by either Contracting Party to nationals or companies of third States on account of its membership in a customs or economic union, common market or free trade area.

(4) The treatment under this article shall not extend to privileges accorded by a Contracting Party to nationals or companies of a third State by virtue of an agreement for the avoidance of double taxation or other tax agreements.

Article 4

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy full protection as well as juridical security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated, nationalized or subject to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party, except for reasons of public interest and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the investment expropriated immediately before the effective or impending expropriation, nationalization or equivalent measure became public knowledge. The compensation shall be paid without delay and shall carry the usual bank interest until the date of payment; it shall be readily convertible and freely transferable. The legality of any such expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency or insurrection shall be accorded by the latter Contracting Party treatment which is no less favourable than that accorded to its own nationals or companies, as regards restitution, compensation, indemnification or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this article.

Article 5

(1) Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, including:

- (a) The capital and additional amounts to maintain or increase the investments;
- (b) The returns;
- (c) Repayment of loans defined in article 1, paragraph 1 (c);
- (d) The proceeds from the sale of the whole or any part of the investment;
- (e) The compensation provided for by article 4.

(2) The transfer shall be effected without delay at the rate of exchange applicable in each case and in accordance with the procedures established in the territory of each Contracting Party. Such exchange rate shall not differ substantially from the cross rate resulting from the exchange rate that the International Monetary Fund would apply if the currencies of the countries concerned were converted to special drawing rights on the date of payment.

Article 6

If either Contracting Party makes payments to its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under article 9, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction, of any right or claim from such national or company to the former Contracting Party. The latter Contracting Party shall also recognize the reasons for and extent of the subrogation of the former Contracting Party to any such right or claim which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments by virtue of such assignment, article 5 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereinafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such regulation shall, to the extent that it is more favourable, take precedence over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it may have entered into with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 8

This Treaty shall also apply to matters arising after its entry into force in connection with investments by nationals or companies of either Contracting Party consistent with the laws and regulations of the other Contracting Party in the territory of the latter prior to the entry into force of the Treaty.

Article 9

(1) Disputes between the Contracting Parties relating to the interpretation or application of this Treaty shall, as far as possible, be settled by negotiations between the Governments of both Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot be thus settled, it shall, at the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

(3) The arbitral tribunal shall be established on an *ad hoc* basis. Each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall, by agreement, designate a national of a third State as chairman who shall be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. The members shall be appointed within two months and the chairman within three months after either Contracting Party informed the other Party of its intention to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the time-limits provided for under paragraph 3 are not met, and in the absence of any other agreement, either Contracting Party may request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or is otherwise prevented from discharging the said function, the appointments shall be made by the Vice-President. If the Vice-President is also a national of either Contracting Party or is also prevented from discharging the said function, the appointments shall be made by the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party.

(5) The arbitral tribunal shall take its decisions by a majority of votes. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall defray the costs of the arbitrator it has appointed and of its representation in the arbitral proceedings. The costs of the chairman and the remaining costs shall be defrayed in equal parts by the two Contracting Parties. In all other respects, the tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting Parties are also parties to the Convention on the settlement of investment disputes between States and nationals of other States of 18 March 1965,¹ the arbitral tribunal provided for above may, in consideration of the provisions of article 27, paragraph 1, of the said Convention, not be appealed to insofar as agreement has been reached between the national or company of one Contracting Party and the other Contracting Party under article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of appealing to such arbitral tribunal in the

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.

event that a decision of the arbitral tribunal established under the said Convention (article 27) is not complied with.

Article 10

(1) Disputes concerning investments within the meaning of this Treaty between one of the Contracting Parties and a national or company of the other Contracting Party shall as far as possible be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If a dispute within the meaning of paragraph 1 cannot be settled within six months from the date on which one of the parties concerned gave notice of the dispute, it shall, at the request of either party, be submitted to the competent courts of the Contracting Party in whose territory the investment was made.

(3) The dispute may be submitted to an international arbitral tribunal in any of the following circumstances:

(a) At the request of one of the parties to the dispute where, after a period of 18 months has elapsed from the moment when the judicial process provided for by paragraph 2 of this article was initiated, no final decision has been given or where a decision has been made but the Parties are still in dispute;

(b) Where both parties to the dispute have so agreed.

(4) In the cases provided for by paragraph 3 above, disputes between the Parties within the meaning of this article shall be referred by mutual agreement, when the parties to the dispute have not agreed otherwise, either to arbitral proceedings under the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States of 18 March 1965 or to an *ad hoc* arbitral tribunal established under the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law.

If there is no agreement after a period of three months has elapsed from the moment when one of the Parties requested the initiation of the arbitration procedures, the dispute shall be submitted to arbitration procedures under the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States of 18 March 1965 provided that both Contracting Parties are parties to the said Convention. Otherwise, the dispute shall be submitted to the above-mentioned *ad hoc* arbitral tribunal.

(5) The arbitral tribunal shall issue its ruling in accordance with the provisions of this Treaty, with those of other treaties existing between the Parties, with the laws in force in the Contracting Party in which the investments were made, including its rules of private international law, and with the general principles of international law.

(6) The arbitration decision shall be binding and both Parties shall implement it in accordance with their legislation.

Article 11

The provisions of this Treaty shall remain fully in force even in the cases provided for by article 63 of the Vienna Convention on the law of treaties of 23 May 1969.¹

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1155, p. 331.

Article 12

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Buenos Aires.

(2) This Treaty shall enter into force one month after the date of the exchange of instruments of ratification. It shall remain in force for a period of 10 years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless either Contracting Party gives written notification to the other of its intention to terminate the Treaty 12 months before its expiration. After 10 years, the Treaty may be denounced at any time by giving 12 months' notice.

(3) Investments made prior to the date of termination of this Treaty shall continue to be protected by the provisions of articles 1 to 11 for an additional period of 15 years from such date.

DONE at Bonn on 9 April 1991 in two originals in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

GENSCHER

For the Argentine
Republic:

GUIDO DI TELLA

PROTOCOL

With the signing of the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Argentine Republic on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the undersigned plenipotentiaries have agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Treaty:

(1) *Ad* article 1:

(a) As far as article 1, paragraph 1 is concerned, this Treaty shall not apply to investments in the Argentine Republic by individuals who are nationals of the other Contracting Party if such individuals, on the date of the original investment, have been domiciled for more than two years in the Argentine Republic, unless it is proved that such investments originate from abroad.

(b) Returns from an investment and, in the event of their re-investment, the returns therefrom shall enjoy the same protection as the original investment.

(c) The other forms of participation mentioned in article 1, paragraph 1 (b), shall refer in particular to those capital investments which do not confer voting or controlling rights on their holder.

(d) The claims to money referred to in article 1, paragraph 1 (c), include claims arising from loans relating to an investment that, by virtue of its purpose and amounts, has the nature of a participation (quasi-participatory loans). However, they shall not include third-party loans such as bank loans at market rates.

(e) Without prejudice to any other methods of determining nationality, in particular, any person in possession of a national passport issued by the competent authorities of the Contracting Party concerned shall be deemed to be a national of that Party. This Treaty shall not apply to investors who are nationals of both Contracting Parties.

(f) In order to determine whether the term “companies” is applicable in accordance with the provisions of article 1, paragraph 4, account shall be taken of the seat of such companies, which shall mean the place where the company has its main place of management.

(g) The Treaty shall also apply to areas of the exclusive economic zone and continental shelf over which international law grants to the Contracting Party concerned rights of sovereignty or jurisdiction.

(2) *Ad* article 3:

(a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed “activity” within the meaning of article 3, paragraph 2: the management, utilization, use and enjoyment of an investment. The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed “treatment less favourable” within the meaning of article 3: less favourable measures that affect the purchase of raw materials and other inputs, energy or fuel, or means of production or operation of any kind or the marketing of products inside or outside the country. Measures that are adopted for reasons of internal or external security or public order, public health or morality shall not be deemed “treatment less favourable” within the meaning of article 3.

(b) The provisions of article 3 do not obligate a Contracting Party to extend tax privileges, exemptions and relief accorded only to natural persons and companies

resident in its territory, in accordance with its tax laws, to natural persons and companies resident in the territory of the other Contracting Party.

(c) The Contracting Parties shall within the framework of their national legislation give favourable consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to nationals of either Contracting Party who, in connection with an investment, wish to enter the territory of the other Contracting Party and sojourn there to take up employment. Applications for work permits shall also be given favourable consideration.

(3) *Ad article 4:*

A claim to compensation shall also exist when, as a result of the adoption of any one of the measures referred to in article 4 against the company in which the investment is made, such investment is severely impaired.

(4) *Ad article 5:*

A transfer shall be deemed to have been made “without delay” within the meaning of article 5, paragraph 2, if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been formally submitted and may on no account exceed two months.

(5) *Ad article 8:*

This Treaty shall in no case apply to complaints or litigation which arose before it entered into force.

(6) Whenever goods or persons connected with an investment are to be transported, neither Contracting Party shall exclude or hinder transport companies of the other Contracting Party. Permits to carry out such transport in accordance with the rules of international agreements in force between the two Contracting Parties shall be issued as required.

DONE at Bonn on 9 April 1991, in duplicate in the German and Spanish languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

GENSCHER

For the Argentine
Republic:

GUIDO DI TELLA

[TRANSLATION — TRADUCTION]

EXCHANGES OF NOTES

I a

EMBASSY OF THE ARGENTINE REPUBLIC

Bonn, 9 April 1991

Sir,

With the signing of the Treaty on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments of 9 April 1991, the Government of the Argentine Republic has the honour to inform the Government of the Federal Republic of Germany of the following:

Under the General Treaty of cooperation and friendship of 1988¹ and the Treaty for the establishment of a special associative relationship of 1987,² respectively, the Kingdom of Spain and the Italian Republic grant to the Argentine Republic concessional lines of credit for financing investments, especially for the purpose of creating joint ventures in the small and medium-size business sector.

Financing applications for each project shall be authorized in accordance with special Argentine regulations and shall later be decided with the Spanish or Italian counterpart, as the case may be.

In return, the Argentine Republic has undertaken:

- To grant customs and tax exemptions for imports of goods for investment financed with concessional lines of credit provided for by the respective Treaties.
- Not to take any measures to prevent the repatriation of invested capital or the free transfer of returns from venture capital for any projects financed in accordance with the provisions of the aforementioned Treaties.

These special conditions are granted for the purpose of facilitating new investments for Argentina's economic development in areas which it is deemed especially vital to promote.

The Contracting Parties shall interpret article 3 of the Treaty on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments to mean that the most-favoured-nation clause shall not refer to the special conditions and privileges that the Argentine Republic grants to foreign investors in respect of the aforementioned projects.

The Argentine Republic shall ensure that the competitiveness of those German investors and their investments that are not subject to the aforementioned special conditions is not substantially affected.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1546, p. 3.

² *Ibid.*, vol. 1537, p. 307.

Accept, Sir, etc.

GUIDO DI TELLA
Minister for Foreign Affairs and Worship

His Excellency
Mr. Hans D. Genscher
Minister for Foreign Affairs
Federal Republic of Germany
Bonn

II a

Bonn, 9 April 1991

THE MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS

422-413.35 ARG

Sir,

I have the honour to acknowledge receipt of the note dated 9 April 1991 from the Argentine Government, which reads as follows:

[*See note I a*]

Accept, Sir, etc.

GENSCHER

His Excellency

The Minister for Foreign Affairs and Worship
Mr. Guido di Tella

I b

THE MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS

Bonn, 9 April 1991

422-413.35 ARG

Sir,

With the signing of the Treaty on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments between our two countries dated 9 April 1991, I have the honour to inform you of the following:

Following the entry into force of the aforementioned Treaty and taking into account the principle established in article 5 thereof on the free transfer of capital and returns, the German authorities have the option, upon the submission by interested investors of a request for guaranteeing an investment in Argentina, of providing full coverage for such investments in accordance with the prevailing guidelines and general conditions. Therefore, starting from the entry into force of this Treaty, such authorities may, in addition to the guarantees already available, grant guarantees with respect to the sums derived from investments during a given period such as shares in profits, dividends and interests.

Accept, Sir, etc.

GENSCHER

His Excellency
The Minister for Foreign Affairs and Worship
of the Argentine Republic
Mr. Guido di Tella

II b

MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS AND WORSHIP

Bonn, 9 April 1991

Sir,

I have the honour to acknowledge receipt of the note of the Government of the Federal Republic of Germany dated 9 April 1991, the text of which reads as follows:

[*See note I b*]

Accept, Sir, etc.

GUIDO DI TELLA
Minister for Foreign Affairs and Worship

His Excellency
Mr. Hans D. Genscher
Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany
Bonn

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET
LA RÉPUBLIQUE ARGENTINE RELATIF À LA PROMOTION
ET À LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne et la République argentine,

Désireuses d'intensifier la coopération économique entre les deux Etats,

Entendant créer des conditions favorables aux investissements des nationaux et des sociétés de chacun deux sur le territoire de l'autre,

Reconnaissant que la promotion et la protection de ces investissements par voie de traité sont de nature à stimuler l'initiative économique privée et à accroître la prospérité des deux peuples,

Sont convenues de ce qui suit :

Article 1^{er}

Aux fins du présent Traité :

1. Le terme « investissements » désigne tout type d'activité défini en accord avec les lois et réglementations de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement a été réalisé conformément au présent Traité; en particulier sont compris, non limitativement

a) La propriété des biens meubles et immeubles, ainsi que tous autres droits réels tels qu'hypothèques et gages;

b) Les actions, droits de participation à des sociétés et autres formes de participation à des sociétés;

c) Les créances portant sur des sommes d'argent servant à créer une valeur économique ou portant sur toute prestation à valeur économique;

d) Les droits de la propriété intellectuelle, en particulier les droits d'auteur, les brevets, les modèles d'utilité, les dessins et modèles industriels et commerciaux, les marques, les noms commerciaux, les secrets industriels et commerciaux, les procédés techniques, les savoir-faire et la survaleur incorporelle (« goodwill »);

e) Les concessions accordées par des entités de droit public, y compris les concessions de prospection et d'exploitation.

2. Le terme « revenus » désigne les sommes rapportées par un investissement, en particulier participations aux bénéfices, dividendes, intérêts, droits de licence et autres rémunérations.

3. Le terme « nationaux » désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : les Allemands aux sens de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne;

¹ Entré en vigueur le 8 novembre 1993, soit un mois après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Buenos Aires le 8 octobre 1993, conformément au paragraphe 2 de l'article 2.

b) En ce qui concerne la République argentine : les Argentins au sens des dispositions légales en vigueur en Argentine.

4. Le terme « sociétés » désigne toutes les personnes morales ainsi que toutes les sociétés commerciales et autres sociétés ou associations dotées ou non de la personnalité juridique dont le siège est situé sur le territoire de l'une des Parties contractantes, que leur activité soit lucrative ou non.

Article 2

1) Chacune des Parties contractantes encouragera les investissements sur son territoire par des nationaux ou des sociétés de l'autre Partie contractante et les admettra conformément à ses lois et réglementations. En tout état de cause, elle traitera les investissements de manière juste et équitable.

2) Les investissements effectués par des nationaux ou des sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante en accord avec les lois et réglementations de cette dernière bénéficieront de la pleine protection du présent Traité.

3) Aucune des Parties contractantes ne préjudiciera sur son territoire, par des mesures arbitraires ou discriminatoires, à l'administration, à l'utilisation, à l'usage ou à la jouissance des investissements de nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante.

Article 3

1) Aucune des Parties contractantes ne soumettra sur son territoire les investissements des nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante ou les investissements auxquels ceux-ci participent à un traitement moins favorable que celui consenti aux investissements de ses propres nationaux et sociétés ou de ceux d'Etats tiers.

2) Aucune des Parties contractantes ne soumettra sur son territoire les investissements des nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante, s'agissant de leurs activités liées aux investissements, à un traitement moins favorable que celui accordé à ses propres nationaux et sociétés ou aux nationaux et sociétés d'Etats tiers.

3) Ce traitement ne couvrira pas les avantages ou privilèges qu'une Partie contractante accorde aux nationaux ou aux sociétés d'Etats tiers en raison de leur appartenance à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre-échange.

4) Le traitement prévu dans le présent article ne s'appliquera pas aux avantages que l'une des Parties contractantes accorde aux nationaux et sociétés d'Etats tiers en conséquence d'un accord visant à éviter la double imposition ou autre accord fiscal.

Article 4

1) Les investissements des nationaux ou sociétés de chacune des Parties contractantes bénéficieront d'une pleine protection et d'une pleine sécurité juridique sur le territoire de l'autre Partie contractante.

2) Les investissements de nationaux ou sociétés d'une Partie contractante ne pourront pas, sur le territoire de l'autre Partie contractante, être expropriés ou natio-

nalisés, ou faire l'objet d'autres mesures dont les effets équivaldraient à une expropriation ou à une nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique, et alors avec indemnisation. L'indemnisation devra correspondre à la valeur de l'investissement exproprié immédiatement avant la date de l'annonce publique de l'expropriation « effective ou imminente », de la nationalisation ou de la mesure équivalente. L'indemnité devra être versée sans retard et portera intérêts jusqu'à la date du paiement au taux d'intérêt bancaire usuel; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou autre mesure équivalente, ainsi que le montant de l'indemnisation, devront pouvoir être revues dans le cadre des procédures judiciaires ordinaires.

3) Les nationaux ou sociétés d'une Partie contractante dont les investissements subissent des pertes à cause d'une guerre ou autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence nationale ou d'une insurrection qui se produit sur le territoire de l'autre Partie contractante ne seront pas traités par celle-ci moins favorablement que ses propres nationaux ou sociétés quant à la restitution, à la compensation, à l'indemnisation ou autre forme de dédommagement. Les versements correspondants devront être librement transférables.

4) S'agissant des questions régies par le présent article, les nationaux ou sociétés de chacune des Parties contractantes bénéficieront sur le territoire de l'autre du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 5

1) Chaque Partie contractante garantira aux nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante le libre transfert des paiements liés à un investissement, s'agissant en particulier :

- a) Du capital et des fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) Des revenus;
- c) De l'amortissement des prêts définis à l'alinéa c du paragraphe 1^{er} de l'article 1^{er};
- d) Du produit de la vente ou liquidation totale ou partielle de l'investissement;
- e) Des indemnités visées à l'article 4.

2) Le transfert s'effectuera sans retard en accord avec les procédures établies sur le territoire de chaque Partie contractante et selon les modalités de change applicables dans chaque cas. Ces modalités de change ne devront pas différer substantiellement du taux de change croisé (cross rate) résultant des modalités de change qu'appliquerait le Fonds monétaire international si, à la date du paiement considéré, il était amené à convertir en droits de tirage spéciaux des sommes libellées dans la monnaie des pays intéressés.

Article 6

Si l'une des Parties contractantes fait des paiements au bénéfice de ses nationaux ou de ses sociétés en vertu d'une garantie accordée pour un investissement effectué sur le territoire de l'autre Partie contractante, celle-ci, sans préjudice des droits conférés à la première Partie contractante par l'article 9 du présent Traité, reconnaîtra la cession de tous les droits ou créances de ces nationaux ou sociétés à la première Partie contractante, par voie soit de disposition légale, soit d'acte juri-

dique. De même, l'autre Partie contractante reconnaîtra, en substance et en portée, la subrogation de la première Partie contractante dans tous les droits du précédent titulaire. S'agissant de transfert des paiements au titre de droits transférés, l'article 5 s'appliquera *mutatis mutandis*.

Article 7

1) Si les dispositions légales de l'une ou l'autre Partie contractante ou des obligations résultant du droit international et non envisagées dans le présent Traité, actuelles ou futures, entre les Parties contractantes, conduisent à une réglementation générale ou spéciale imposant d'accorder aux investissements des nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette réglementation prévaudra sur le présent Traité pour autant qu'elle soit plus favorable.

2) Chacune des Parties contractantes s'acquittera de tout autre engagement qu'elle aura éventuellement contracté en rapport avec les investissements de nationaux ou sociétés de l'autre Partie contractante sur son territoire.

Article 8

Le présent Traité s'appliquera également aux questions qui pourraient se poser après son entrée en vigueur en rapport avec des investissements effectués par les nationaux ou sociétés d'une des Parties contractantes conformément aux lois et règlements de l'autre Partie contractante sur le territoire de cette dernière avant l'entrée en vigueur du Traité.

Article 9

1) Les différends éventuels entre les Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Traité devront, dans la mesure du possible, être réglés par les gouvernements des deux Parties contractantes.

2) A supposer qu'un différend entre les Parties contractantes ne puisse pas être réglé de cette manière, il sera soumis à un tribunal arbitral sur demande de l'une des Parties contractantes.

3) Le tribunal arbitral sera constitué sur une base *ad hoc* : chaque Partie contractante nommera un membre du tribunal, et les deux membres ainsi nommés choisiront d'un commun accord comme président un national d'un Etat tiers qui sera nommé par les gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres seront nommés dans le délai de deux mois et le président dans le délai de trois mois après que l'une des Parties contractantes aura communiqué à l'autre son désir de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4) Si les délais spécifiés au paragraphe 3 n'ont pas été observés et faute d'autre arrangement, chacune des Parties contractantes pourra inviter le Président de la Cour internationale de Justice à procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait un national de l'une des Parties contractantes ou s'il était empêché pour une autre raison de s'acquitter de cette fonction, il reviendrait au Vice-Président de la Cour de procéder aux nominations. Si ce dernier lui-même est un national de l'une des Parties contractantes ou s'il est empêché, il reviendra au membre de la Cour venant immédiatement à la suite dans l'ordre hiérarchique et qui n'est pas un national de l'une des deux Parties contractantes de procéder aux nominations.

5) Le tribunal arbitral prendra ses décisions à la majorité des voix. Les décisions seront obligatoires. Chaque Partie contractante prendra à sa charge les frais découlant des activités de son arbitre, ainsi que les frais de sa représentation dans la procédure arbitrale; les frais du président et les autres frais seront pris en charge à parts égales par les Parties contractantes. Pour le reste, le tribunal arbitral arrêtera sa propre procédure.

6) Si les deux Parties contractantes ont en outre la qualité d'Etat contractant par rapport à la Convention du 18 mars 1965¹ pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats¹, il ne pourra, eu égard au paragraphe 1 de l'article 27 de cette Convention, être recouru au tribunal arbitral visé plus haut quand le national ou la société d'une Partie contractante et l'autre Partie contractante seraient arrivés à un accord conformément à l'article 25 de la Convention. Il ne sera affecté la possibilité de recourir au tribunal arbitral visé plus haut au cas où une décision du Tribunal arbitral institué par ladite Convention (article 27) ne serait pas respectée.

Article 10

1) Les différends qui pourraient surgir entre une Partie contractante et un national ou une société de l'autre Partie contractante en rapport avec les investissements au sens du présent Traité devront, autant que possible, être réglés à l'amiable par les parties au différend.

2) Si un différend au sens du paragraphe 1 ne peut être réglé dans le délai de six mois à compter de la date à laquelle une des parties au différend l'a soulevé, il sera soumis à la demande de l'une des parties aux tribunaux compétents de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement a été effectué.

3) Le différend pourra être soumis à un tribunal arbitral international dans l'un quelconque des cas suivants :

a) A la demande de l'une des parties au différend, en l'absence d'une décision au fond dans le délai de dix-huit mois à compter de la mise en route de la procédure judiciaire visée au paragraphe 2 du présent article, ou bien lorsqu'une décision a été rendue mais que le différend persiste entre les parties;

b) Lorsque les deux parties au différend en ont ainsi convenu.

4) Dans les cas prévus au paragraphe 3 du présent article, les différends entre les parties, au sens du présent article, seront soumis d'un commun accord, sauf convention contraire entre les parties au différend, soit à une procédure arbitrale dans le cadre de la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre Etats et ressortissants d'autres Etats, soit à un tribunal *ad hoc* institué conformément aux règles de la Commission des Nations Unies pour le droit commercial international (CNUDCI).

Si, dans le délai de trois mois à compter du moment où l'une des parties a demandé la mise en route de la procédure arbitrale, un accord n'est pas intervenu, le différend sera soumis à une procédure arbitrale dans le cadre de ladite Convention du 18 mars 1965 pour autant que les deux Parties contractantes soient également parties à cette convention. Dans l'hypothèse contraire, le différend sera soumis au tribunal arbitral visé plus haut.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

5) Le tribunal arbitral rendra sa décision sur la base du présent Traité et, le cas échéant, sur la base des autres traités en vigueur entre les Parties contractantes, du droit interne de la Partie contractante sur le territoire de laquelle l'investissement a été effectué, y compris ses normes de droit international privé, et des principes généraux du droit international.

6) La sentence arbitrale sera obligatoire et chaque Partie l'exécutera conformément à sa législation.

Article 11

Les dispositions du présent Traité resteront pleinement applicables y compris dans les cas prévus à l'article 63 de la Convention de Vienne sur le droit des traités en date du 23 mai 1969¹.

Article 12

1) Le présent Traité sera ratifié; les instruments de ratification en seront échangés dès que possible à Buenos Aires.

2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après la date à laquelle il aura été procédé à l'échange des instruments de ratification. La durée de sa validité sera de dix ans et il sera ensuite indéfiniment prorogé, sauf notification écrite adressée par une Partie contractante à l'autre Partie contractante de son intention d'y mettre fin, effectuée douze mois avant la date d'expiration. Au bout de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment sur préavis de douze mois.

3) Pour ce qui est des investissements effectués avant la date de l'abrogation du présent Traité, les dispositions des articles 1^{er} à 11 leur resteront applicables pendant les quinze années suivant cette date.

FAIT à Bonn le 9 avril 1991 en deux originaux, en langues allemande et espagnole, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

GENSCHER

Pour le Gouvernement
de la République argentine :

GUIDO DI TELLA

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1155, p. 331.

PROCOLE

Au moment de signer le Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République argentine relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés ont adopté les dispositions ci-après, considérées comme faisant partie intégrante du Traité.

1) *Ad* article premier :

a) En ce qui concerne le paragraphe 1 dudit article, le présent Traité ne s'appliquera pas aux investissements réalisés en République argentine par des personnes physiques ayant la qualité de national de l'autre Partie contractante si les intéressés étaient, à la date de l'investissement originel, domiciliés depuis plus de deux ans en République argentine, sauf à prouver que l'investissement provient de l'étranger.

b) Les revenus des investissements et, le cas échéant, du réinvestissement de ces revenus bénéficieront de la même protection que l'investissement initial.

c) Par « autres formes de participation », au sens de l'alinéa b du paragraphe 1 de l'article 1^{er}, seront entendus en particulier les apports de capitaux qui ne confèrent aux intéressés ni droit de vote, ni contrôle.

d) Les créances sur les sommes visées à l'alinéa c du paragraphe 1 de l'article 1^{er} couvrent les créances au titre de prêts liés à une participation et qui, par leur cause et leur montant, ont le caractère d'une participation (prêts quasi participatifs). Elles ne s'entendent pas toutefois des crédits accordés par des tiers (par exemple, des crédits bancaires à clauses commerciales).

e) Sans préjudice des autres modes de détermination de la nationalité, sera notamment considérée national d'une Partie contractante toute personne détentrice d'un passeport national délivré par les autorités compétentes de ladite Partie contractante. Le présent Traité ne s'appliquera pas aux investisseurs qui ont la nationalité des deux Parties contractantes.

f) Pour déterminer si la notion de « société » au sens des dispositions du paragraphe 4 de l'article 1^{er} est applicable, il sera tenu compte du siège, à savoir le lieu où se trouve l'administration principale de la société.

g) Le Traité s'appliquera également aux secteurs de la zone économique exclusive et du plateau continental sur lesquelles le droit international confère à la Partie contractante concernée des droits de souveraineté ou de juridiction.

2) *Ad* article 3 :

a) Par « activités » au sens du paragraphe 2 de l'article 3, sont notamment, mais non limitativement, entendus l'administration, l'utilisation, l'usage et la jouissance d'un investissement. Sera notamment, mais non limitativement, considérée « traitement moins favorable » au sens de l'article 3 une mesure moins favorable affectant l'acquisition de matières premières et d'autres facteurs de production, d'énergie ou de combustibles, ainsi que les moyens de production ou d'exploitation de toute catégorie ou la vente de produits dans le pays même et à l'étranger. Ne seront pas considérées « traitement moins favorable » au sens de l'article 3 les mesures prises pour des motifs de sécurité intérieure ou extérieure et d'ordre public, de santé publique ou de moralité.

b) Les dispositions de l'article 3 ne font pas obligation à une Partie contractante d'accorder aux personnes physiques et aux sociétés résidant sur le territoire

de l'autre Partie contractante les avantages, exemptions et abattements fiscaux qui, en vertu du droit fiscal, sont accordés aux seules personnes physiques et sociétés résidant sur le territoire de la première Partie contractante.

c) Les Parties contractantes, en se conformant à leurs dispositions légales, instruiront avec bienveillance les demandes de permis d'entrée et de séjour sur leur territoire présentées par des ressortissants de l'une des Parties contractantes qui, en rapport avec un investissement, souhaitent entrer sur leur territoire; il sera procédé de même pour les salariés ressortissants d'une Partie contractante qui, en rapport avec un investissement, souhaitent entrer et séjourner sur le territoire de l'autre Partie contractante pour y exercer leur activité salariée. De même, les demandes de permis de travail seront instruites avec bienveillance.

3) *Ad* article 4 :

Il y aura également droit à indemnisation au cas où serait prise une quelconque mesure visée à l'article 4 à l'égard de l'entreprise dans laquelle l'investissement est situé et si l'investissement subit un préjudice grave en conséquence de cette mesure.

4) *Ad* article 5 :

Le transfert est tenu pour réalisé « sans retard » au sens du paragraphe 2 de l'article 5 quand il a eu lieu dans le temps normalement requis pour accomplir les formalités de transfert. Le délai, qui ne pourra en aucun cas excéder deux mois, courra à partir du moment de la présentation de la demande officiellement complète.

5) *Ad* article 8 :

Le Traité ne s'appliquera en aucun cas aux réclamations et litiges survenus avant son entrée en vigueur.

6) S'agissant des transports de marchandises et de personnes liés à des investissements, les Parties contractantes n'excluront pas et ne gêneront pas leurs entreprises de transport respectives et, en cas de besoin, elles délivreront les autorisations requises pour effectuer les transports dans des conditions répondant aux normes des accords internationaux en vigueur entre elles.

FAIT à Bonn le 9 avril 1991 en deux exemplaires en langues allemande et espagnole, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne :

GENSCHER

Pour le Gouvernement
de la République argentine :

GUIDO DI TELLA

ÉCHANGES DE NOTES

I a

AMBASSADE DE LA RÉPUBLIQUE ARGENTINE

Bonn, le 9 avril 1991

Monsieur le Ministre,

A l'occasion de la signature du Traité du 9 avril 1991 relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements, le Gouvernement de la République argentine a l'honneur de communiquer ce qui suit au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

Sur la base, respectivement, du Traité d'amitié et de coopération de 1988¹ et du Traité de 1987 relatif à l'établissement de relations de collaboration particulières², le Royaume d'Espagne et la République italienne accordent à la République argentine des lignes de crédit concessionnel dont l'objet est de financer les investissements tendant à la réalisation d'investissements, plus particulièrement en vue de créer des coentreprises dans le secteur de la petite et moyenne entreprise.

Les demandes de financement de chaque projet considéré doivent être autorisées conformément aux réglementations argentines spéciales et sont ensuite convenues avec la partie espagnole ou, le cas échéant, italienne.

En contrepartie, la République argentine s'est engagée :

- A exempter des droits de douane et de l'impôt les importations de biens destinées à des investissements financés au moyen des crédits concessionnels prévus dans les traités correspondants;
- A n'adopter aucune mesure propre à gêner le rapatriement du capital investi ou le libre transfert des revenus d'investissements à risque s'agissant des projets financés conformément aux dispositions desdits traités

Ce régime spécial vise à rendre possibles de nouveaux investissements tendant au développement économique de l'Argentine dans des domaines dont la promotion est particulièrement nécessaire.

Les Parties contractantes interprètent l'article 3 du Traité relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements dans le sens que la clause de la nation la plus favorisée ne couvre pas les conditions et privilèges spéciaux que la République argentine accorde aux investisseurs étrangers aux fins des projets susmentionnés.

La République argentine fera en sorte que les investisseurs et les investissements allemands qui ne relèvent pas des conditions spéciales dont il vient d'être question ne soient pas substantiellement affectés sur le plan concurrentiel.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1546, p. 3.

² *Ibid.*, vol. 1537, p. 307.

Je saisis cette occasion, etc.

Le Ministre des relations extérieures
et du culte,

GUIDO DI TELLA

Son Excellence
Monsieur Hans D. Genscher
Ministre des affaires étrangères
de la République fédérale d'Allemagne
Bonn

II a

LE MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Bonn, le 9 avril 1991

422-413.35 ARG

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la note du Gouvernement de la République argentine en date du 9 avril 1991 qui se lit ainsi :

[*Voir note I a*]

Je saisis cette occasion, etc.

GENSCHER

Son Excellence
Monsieur Guido di Tella
Ministre des relations extérieures et du culte
de la République argentine

II b

LE MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Bonn, le 9 avril 1991

422-413.35 ARG

Monsieur le Ministre,

A l'occasion du Traité relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements signé ce jour entre nos deux pays, j'ai l'honneur de vous communiquer ce qui suit :

A partir de l'entrée en vigueur dudit Traité et compte tenu du principe établi par son article 5 au sujet du libre transfert des capitaux et des revenus, les autorités allemandes envisagent la possibilité, sur présentation de la part des investisseurs concernés d'une demande de garantie d'investissement en Argentine, de couvrir en totalité ces investissements conformément aux directives et conditions générales en vigueur. Cela étant, à partir de l'entrée en vigueur du Traité, ces autorités pourront, outre les garanties actuellement possibles, accorder des garanties couvrant les sommes résultant d'un investissement pendant une durée déterminée, en particulier les participations aux bénéficiaires, les dividendes et les intérêts.

Je saisis cette occasion, etc.

GENSCHER

Son Excellence

Monsieur Guido di Tella
Ministre des relations extérieures et du culte
de la République argentine

- II b

MINISTÈRE DES RELATIONS EXTÉRIEURES ET DU CULTE

Bonn, le 9 avril 1991

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la note du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne en date du 9 avril 1991 qui se lit ainsi :

[Voir note I b]

Je saisis cette occasion, etc.

Le Ministre des relations extérieures
et du culte,
GUIDO DI TELLA

Son Excellence
Monsieur Hans D. Genscher
Ministre des affaires étrangères
de la République fédérale d'Allemagne
Bonn
